

Stand: 06.06.2026 06:11:51

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/10770

"ORH-Bericht Flughafen München"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/10770 vom 07.04.2016
2. Beschluss des Plenums 17/10849 vom 07.04.2016
3. Plenarprotokoll Nr. 69 vom 07.04.2016



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber, Prof.(Univ.Lima)Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

ORH-Bericht Flughafen München

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, über den Inhalt des Prüfungsberichts des Bayerischen Obersten Rechnungshofs (ORH) über die Geschäftsjahre 2003 bis 2011 der Flughafen München GmbH (FMG) und über das Gutachten der PricewaterhouseCoopers AG (PWC) dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen in öffentlicher und nichtöffentlicher Sitzung am 21. April 2016 umfassend zu berichten.

Dabei ist über schützenswerte bzw. vertrauliche Fakten (Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse) in nichtöffentlicher Sitzung zu berichten.

Begründung:

Der Bericht im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen soll klären, ob es zutreffend ist, dass die Lufthansa AG von der FMG finanzielle Vorteile ohne entsprechende Gegenleistungen erhalten hat.

Die FMG soll der Lufthansa Vorteile in Höhe von mehr als einer Milliarde Euro verschafft haben. Dies behauptet laut Süddeutscher Zeitung der ORH. In einem Gespräch mit dem Bayerischen Rundfunk wies Flughafen Chef Michael Kerkloh die Vorwürfe als absurd zurück. Der Bericht sei in allen relevanten Punkten, auch durch das Gegengutachten der Wirtschaftsprüfer von PWC, widerlegt worden und somit überholt, so Kerkloh.

Das Finanzministerium wies die Vorwürfe des ORH ebenfalls zurück. Die erste Prüfungsmitteilung des ORH, die von finanziellen Vorteilen der Fluglinie in Höhe von etwa einer Milliarde Euro ausgehe, sei zwei Jahre alt und spiegle längst nicht mehr den aktuellen Diskussionsstand wider. Im Übrigen habe der ORH bei seiner Berechnung „methodische Fehler“ gemacht, so eine Sprecherin des Finanzministeriums. Der Milliarden-Vorwurf sei daher auch nicht mehr Gegenstand des letzten Schriftwechsels mit dem ORH gewesen.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 17/10770

ORH-Bericht Flughafen München

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Abg. Dr. Christian Magerl

Abg. Volkmar Halbleib

Abg. Ernst Weidenbusch

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Benno Zierer

Staatsminister Dr. Markus Söder

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

ORH-Bericht Flughafen München (Drs. 17/10748)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Annette Karl u. a. und Fraktion (SPD)

Vollständige Informationen zum Terminal 2 am Münchner Flughafen (Drs. 17/10768)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Peter Winter u. a. und Fraktion (CSU)

ORH-Prüfung zum Flughafen München (Drs. 17/10769)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

ORH-Bericht Flughafen München (Drs. 17/10770)

Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist Herr Kollege Dr. Magerl. Bitte sehr.

Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Es geht noch einmal um den Flughafen im Erdinger Moos, allerdings mit einer ganz anderen Thematik als zuvor, nämlich um Fragen der Finanzierung, der Gebühren, der Abrechnungen, des Geschäftsgebarens und Ähnlichem. Bei dem Antrag geht es mir darum, dass ich die Wahrheit auf den Tisch haben will.

Man ist schon seltsam berührt, wenn man morgens seine Zeitung aus dem Briefkasten holt, sie aufschlägt und Berichte mit Überschriften wie "Der Milliardendeal im Moos", seitenweise Tadel und Ähnliches liest.

Ich erwarte eigentlich als Abgeordneter, dass ich so etwas nicht aus der Zeitung erfahre,

(Staatsminister Dr. Markus Söder: Genau so ist es!)

sondern dass ich es, sauber berichtet, auch einmal zwischendurch berichtet, hier im Landtag vom Ministerium bekomme. Ich fühle mich seltsam, wenn das Ganze nicht so läuft.

(Beifall bei den GRÜNEN – Ernst Weidenbusch (CSU): Vom ORH!)

– Herr Kollege Weidenbusch, wenn Sie sagen: "vom ORH" – haben Sie Erkenntnisse, dass der ORH das weitergegeben hat? Seien Sie vorsichtig mit diesem Zwischenruf!

(Ernst Weidenbusch (CSU): Sie müssen es als Abgeordneter vom ORH erfahren!)

– Das haben wir versucht. Unser Fraktionsvorsitzender hat den ORH angeschrieben. Er bekam heute oder gestern Abend – das weiß ich jetzt nicht genau – die E-Mail, das sei ein noch nicht abgeschlossener Vorgang; es gebe keine Berichte darüber.

(Ernst Weidenbusch (CSU): So geht es uns auch!)

Der Zeitung habe ich aber entnehmen müssen, dass seitens des Ministeriums gesagt worden ist: Alles ein alter Hut; 2015 war das abgeschlossen. Was ist denn jetzt Sache? Es ist ähnlich wie bei den Panama-Papieren. Es heißt einmal so und einmal so, rein in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln. So geht es doch nicht!

(Beifall bei den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN sowie der Abgeordneten Natascha Kohnen (SPD))

Die Frage der Förderung von Luftverkehrsgesellschaften war ja hier im Hause schon, beginnend mit der Inbetriebnahme im Jahr 1992, mit dem sogenannten Long-Haul-Support, der Langstreckensubvention, ein ständiges Thema. Aber beim Long-Haul-Support ging es um Größenordnungen von 50 Millionen DM pro Jahr. Bei der letzten Anfrage zur Förderung ging es um 17 Millionen Euro in den Jahren 2013 und 2014. In den genannten Artikeln geht es um die Größenordnung von 1 Milliarde Euro.

Das ist eine ganz andere, völlig neue Dimension, mit der wir es hier zu tun haben; deshalb unser Antrag. Wir wollen, dass die Wahrheit auf den Tisch gelegt wird, wir wollen einen Bericht, aber wir wollen auch das Original des ORH-Berichts haben. Wir wollen uns ein genaues Bild machen. Wir wollen den Prüfbericht von PwC sehen, der in Auftrag gegeben worden ist. Es ist übrigens ein seltsames Vorgehen, dass man, wenn an allem, was der ORH bezüglich des Flughafens kritisiert hat, nichts dran ist, einen vermutlich nicht gerade billigen Bericht bei einer relativ teuren Prüffirma, wie es PwC nun einmal ist, in Auftrag gibt.

Wenn man in den Artikel der "Süddeutschen Zeitung" schaut, ergeben sich Widersprüchlichkeiten, die dringend aufgeklärt werden müssen. Darin geht es beispielsweise um die Skepsis bei diesem Deal mit der Lufthansa. Es wird deutlich, dass dieser Deal nicht positiv eingeschätzt worden ist. Ich zitiere einmal aus dem Artikel. Das steht in Anführungszeichen. Offensichtlich liegt also der "Süddeutschen Zeitung" das Original vor. Es heißt:

Es ist gemeinsame Auffassung, dass die von der Lufthansa verlangten vertraglichen Bindungen ab dem Jahr 2036 nicht zugestanden werden sollen, zumal keine Gegenleistungen in Sicht sind, die derartige Zugeständnisse rechtfertigen könnten.

Das ist die Aktennotiz eines Ministeriums, vermutlich des Finanzministeriums.

Zwei Wochen später gibt es einen weiteren Vermerk, ein Gesprächsprotokoll. Darin heißt es nun, die staatliche Seite habe dem Vorstandsvorsitzenden der Lufthansa un-

entgeltlich die Verlängerung des gemeinsamen Betriebs des Terminals 2 inklusive Satelliten um 20 Jahre eingeräumt. Was ist jetzt? Es heißt einmal so und einmal so.

Ich hätte gerne Aufklärung, und diese nicht nur im Rahmen eines mündlichen oder schriftlichen Berichts des Ministeriums. Ich möchte mir ein genaues Bild machen und möchte, dass die Originaldokumente auf den Tisch gelegt werden, der Gesellschaftervertrag inklusive aller Zusatzvereinbarungen. Das brauchen wir jetzt endlich, damit wir Licht in den Fördersumpf im Erdinger Moos bringen. So geht es nicht weiter!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn man andere Dinge anschaut, beispielsweise die Start- und Landegebühren, so sagt der Rechnungshof, dass man sich seit Eröffnung des Flughafens rund 1 Milliarde Euro an Einnahmen habe entgehen lassen. Eine Milliarde Euro – das ist eine Hausnummer. Da geht es nicht um ein paar Millionen Euro Fördergelder für Memmingen, sondern das ist eine gewichtige Dimension, dass man 6 Millionen Euro innerhalb von zehn Jahren durch Mieterhöhungen, die die Lufthansa gemacht hat und die die Firma Eurotrade, eine FMG-Tochter, hat zahlen müssen. Ich lese jetzt nicht den gesamten Artikel vor; das kann jeder in der "Süddeutschen" nachlesen.

Es geht weiter mit der Kritik – das finde ich besonders interessant – an PR und Lobbyismus: Die Ausgaben der FMG von bis zu 7,1 Millionen Euro für PR und Lobbyarbeit halten die Prüfer für zu hoch. Ich habe heute gelesen, dass der VW-Konzern in Brüssel Ausgaben für Lobbyarbeit in der Größenordnung von 3,3 Millionen Euro hat. VW zahlt also 3,3 Millionen Euro, die FMG 7,1 Millionen Euro. Allein schon daran sieht man das Fehlverhältnis dessen, was hier hineingesteckt worden ist. Bei einem Flughafen, "der aus allen Nähten platzt und der ein Selbstläufer ist", frage ich mich, wozu überhaupt Lobbyarbeit in dieser Dimension gebraucht wird.

(Ernst Weidenbusch (CSU): Ein Flughafen, der aus allen Nähten platzt!)

Es geht weiter mit Kritik.

(Ernst Weidenbusch (CSU): Ein Flughafen, der aus allen Nähten platzt! – Peter Winter (CSU): Ein Flughafen, der aus allen Nähten platzt!)

Eine Stabsstelle mit 803.000 – –

(Ernst Weidenbusch (CSU): Ein Flughafen, der aus allen Nähten platzt! – Weitere Zurufe von der CSU)

– Das sagen Sie. Ich habe das nicht gesagt. Ich habe immer gesagt: Sie behaupten –
–

(Ernst Weidenbusch (CSU): Ein Flughafen, der aus allen Nähten platzt!)

– Plärren Sie doch nicht dazwischen, Herr Weidenbusch.

(Ernst Weidenbusch (CSU): Zuerst denken, dann reden!)

Sie behaupten immer, dieser Flughafen platze aus allen Nähten.

(Ernst Weidenbusch (CSU): Der Flughafen, der aus allen Nähten platzt!)

Sie locken Billigfluggesellschaften an, denen Sie Subventionen zahlen. Sie machen Lobbyarbeit. Diese beiden Aussagen passen doch nicht zusammen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Und dann auch noch 803.000 Euro für eine Stabsstelle – was ist denn da los?

(Ernst Weidenbusch (CSU): Ein Flughafen, der aus allen Nähten platzt!)

– Drehen Sie mir nicht das Wort im Mund herum. Das ist unanständig, Herr Kollege Weidenbusch.

Stimmen Sie diesem Antrag zu. Wir werden den anderen Anträgen insgesamt zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Kollege Dr. Magerl. – Die nächste Wortmeldung kommt vom Kollegen Halbleib für die SPD. Bitte schön.

Volkmar Halbleib (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich hoffe, dass ich mit meinem Redebeitrag nicht dazu beitrage, den permanenten Erregungszustand des Kollegen Weidenbusch auf diesem Niveau zu halten,

(Zuruf von den GRÜNEN: Wieso?)

sondern dass ich auch ein paar fachliche Dinge zum Besten geben kann.

Zunächst einmal möchte ich vorwegschicken, dass der Landtag natürlich über die Finanzierung des Satelliten zum Terminal 2 informiert worden ist. Im März 2011 hat eine entsprechende Sitzung des Haushaltsausschusses stattgefunden. Die Finanzierung des Satelliten ist dabei dargelegt worden. Es war eine intensive Sitzung mit vielen Nachfragen und vielen Punkten, die nicht dargelegt wurden. Aber die Grundsatzfinanzierung war geklärt.

Das jetzige Problem ist, dass die vertragliche Begleitvereinbarung zwischen Flughafen und der Lufthansa so nicht vorlag, sondern da waren nur wenige Eckpunkte skizziert. Da waren viele Fragen offen, die wohl auch jetzt Grundlage der kritischen Anmerkungen des Obersten Rechnungshofes sind.

Das haben wir auch damals im Ausschuss schon kritisch hinterfragt. Wir haben auch damals moniert, dass zum Finanzierungskonzept, aber auch zu Dingen, die die weitere Vereinbarung mit der Lufthansa betreffen, eine Bewertung nicht möglich ist, weil die Unterlagen nicht vorlagen.

Auch der Gesamtcharakter der Wachstumsvereinbarung und viele andere Dinge, die damit zusammenhängen, auch die Vertragsdauer usw. sind kritisch hinterfragt worden. Allerdings war die Information durch die Staatsregierung hierzu sehr begrenzt. Offen-

sichtlich handelt es sich bei der Prüfungsanmerkung des Obersten Rechnungshofes genau um diese Punkte, die wir nicht bewerten können.

Da ist natürlich schon, Herr Kollege Weidenbusch, wichtig zu wissen, in welchem Punkt wir uns jetzt befinden. Es wäre einfacher – der Oberste Rechnungshof versteht sich aufgrund der Rechtslage als Berichtsorgan gegenüber der Staatsregierung –, wenn die Staatsregierung oder vielleicht auch die CSU-Fraktion mit Mehrheit, damit wir das beschließen können – –

(Peter Winter (CSU): Uns! Uns darüber! – Ernst Weidenbusch (CSU): Uns!)

– Langsam. Zunächst einmal: Die erste Prüfanmerkung geht an die Staatsregierung. Wir kennen sie nicht.

(Widerspruch des Abgeordneten Ernst Weidenbusch (CSU))

Das ist ja das Thema heute. Das ist etwas ignorant. Genau das ist das Problem. Es werden erst Prüfanmerkungen des Obersten Rechnungshofs durchgestochen. Der Landtag erfährt von ihnen aus der Presse. Wir haben sie nicht. Genau darum geht es,

(Zustimmung des Abgeordneten Ernst Weidenbusch (CSU))

dass wir in dem Zwischenstadium, bis ein endgültiger Bericht vorliegt, über einen sehr langen Zeitraum hinweg – in dem Fall: zwei Jahre – ohne Information bleiben.

(Beifall bei der SPD – Ernst Weidenbusch (CSU): Richtig! – Peter Winter (CSU): Richtig!)

Im Prinzip entnehmen wir das bei einer Presseinformation genauso der Zeitung wie jeder andere Bürger oder jede andere Bürgerin des Freistaats. Das ist ein Problem. Wenn Prüfverfahren sehr lang dauern,

(Zustimmung der Abgeordneten Peter Winter und Ernst Weidenbusch (CSU))

bei wichtigen Sachverhalten, müssen sich Landtag und Staatsregierung überlegen, wie wir zeitnah informiert werden, weil das sonst ein unbefriedigender Zustand ist.

(Zustimmung des Abgeordneten Peter Winter (CSU))

Es gibt Gegenäußerungen der Staatsregierung dazu, es gibt Gutachten dazu; die müssen dann zusammengebracht werden.

Deswegen sind die Anträge aus meiner Sicht berechtigt. Wir haben auch einen entsprechenden Antrag gestellt. Wir brauchen jetzt umfassende Informationen, zum einen über die Erstbegutachtung des Obersten Rechnungshofes, über die Stellungnahme der Staatsregierung und auch über das Gutachten von PwC, weil sich der Landtag erst dann ein Gesamturteil bilden kann. Deswegen ist es angemessen, diesem Aufklärungsbegehren Rechnung zu tragen.

Wir werden auf jeden Fall dem Antrag der GRÜNEN zustimmen und bitten um Zustimmung zu unserem Dringlichkeitsantrag. Die Kollegen haben auch einen Antrag gestellt. Sicherlich wäre es sinnvoll, generell einmal darüber nachzudenken, wie wir mit solchen Situationen bei ersten Prüfanmerkungen des Obersten Rechnungshofs umgehen, damit der Landtag zeitnah informiert wird und sich ein Bild von der Sachlage machen kann. – Danke schön für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD, Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und Abgeordneten der GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön. – Die nächste Wortmeldung kommt vom Kollegen Weidenbusch für die CSU. Bitte sehr.

Ernst Weidenbusch (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte als Erstes sagen, dass die Meinung in der CSU-Fraktion identisch ist: Der ORH ist Dienstleister des Landtags. Das müssen wir ganz klar sagen. Er prüft exekutive Vorgänge. Dann gibt er sozusagen dem Geprüften die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Dabei nehmen wir in letzter Zeit wahr, dass es sehr lang dauert, bis das Ganze so reif geworden ist, dass wir als eigentlicher Auftraggeber davon Kenntnis erlangen. Das ist ärgerlich.

(Zustimmung des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD) – Beifall bei der CSU –
Volkmar Halbleib (SPD): Das ist die Lücke!)

Das ist ein Ärgernis, noch dazu, weil sich offenbar mittlerweile einige Leute haben einfallen lassen, dass sie diesen langen Zeitraum nutzen können, um durch gezielte Undichtigkeiten gegenüber Medien und Presse persönliche Vorteile daraus zu ziehen. Wir sollten uns als Landtag durchaus überlegen, wie wir das auf Dauer unterbinden können.

(Beifall bei der CSU)

Das ist aus meiner Sicht auch eine Frage des Selbstverständnisses dieses Landtags und vor allem auch des Haushaltsausschusses.

Auf der anderen Seite sollten wir dem nicht auch noch Vorschub leisten, indem wir uns von interessierter Seite mit solchen Maßnahmen in bestimmte Ecken oder auf bestimmte Wege drängen lassen.

Deswegen halte ich den Antrag der CSU-Fraktion für die einzig richtige Vorgehensweise. Wir fordern unseren Dienstleister ORH auf, unverzüglich im Haushaltsausschuss – in Anbetracht dessen, dass dabei sehr viele Geschäftsgeheimnisse betroffen sind, soweit ich das den Veröffentlichungen entnommen habe, gegebenenfalls in nichtöffentlicher und geheimer Sitzung – in vollem Umfang zu berichten.

In derselben Sitzung sollten sinnvollerweise auch die Vertreter der Staatsregierung anwesend sein, damit sie dazu etwas sagen können; denn auch ich finde es unerträglich, wenn Sachverhalte, zu deren Beurteilung wir berufen sind, von uns als Letzte beurteilt werden können, aber jeder andere in dieser Republik seinen Senf dazu schon hat abgeben können.

(Heiterkeit der Abgeordneten Peter Winter (CSU) und Volkmar Halbleib (SPD))

Deshalb bitte ich Sie alle, dem CSU-Antrag zuzustimmen, der in gleicher Weise die Rechte dieses Landtags wahrt und sogar stärkt, das formale Verfahren, das wir haben, betont und sagt: ORH in den Haushaltsausschuss, Staatsregierung in den Haushaltsausschuss; wir hören uns das an; wir fragen nach; wir arbeiten das auf.

Ich habe Verständnis dafür, dass alle Oppositionsanträge versucht haben, schon etwas deutlicher in die Aufarbeitung einzusteigen. Ich bitte aber um Verständnis, dass aufgrund dessen, was ich gerade dargestellt habe, die CSU-Fraktion diesen Anträgen nicht zustimmen wird, weil wir genau das nicht wollen, weil wir sonst das Geschäft derer betreiben, die mit dem Durchstechen und der Weitergabe von eigentlich vertraulichen Informationen ihr Süppchen kochen wollen.

Ich bin aber durchaus der Meinung, dass wir das, was in diesen Anträgen steht, als Material für die Haushaltsausschusssitzung nehmen können, weil das natürlich die Fragestellungen sind, die wir dann werden beantworten können.

Gefreut habe ich mich natürlich, dass der ORH, wenn die Presseveröffentlichungen stimmen, letztlich bestätigt hat, wie dringend der Flughafen München eine dritte Startbahn braucht. Der Kollege Magerl hat gerade inzidenter gesagt: Der Flughafen platzt aus allen Nähten.

(Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Angeblich!)

Ich habe es so verstanden, dass das ein Fremdzitat sein sollte. Lieber Christian, du nimmst ständig die Milliarde in den Mund. Der ORH sagt, dass die Nachfrage an Starts und Landungen für diesen Flughafen so groß sei, dass man beim Bau einer dritten Startbahn und mit den neuen Flügen eine Milliarde Euro erwirtschaften könnte. Wenn du ständig die Milliarde zitierst, bestätigst du natürlich, dass es den Bedarf für diese dritte Startbahn gibt. Das ist von grüner Seite einmal etwas Neues. Das ist euch wohl deswegen passiert, weil es so gut in die Kritik gepasst hat. Aber das entlarvt na-

türlich, dass euch eigentlich durchaus bewusst ist, welche wirtschaftliche Situation an dem Flughafen herrscht und wie interessant das für viele Airlines aus der ganzen Welt ist und welches Potenzial da wäre, wenn man die dritte Startbahn baut. Das wird natürlich auch das Ergebnis dieser Haushaltsausschusssitzung sein, weil der ORH das so darlegen wird. Ich bin nur gespannt, ob der Gegengutachter der Staatsregierung gegebenenfalls zu einem anderen Ergebnis kommt, das eurer Argumentationsposition mehr entgegenkommt. Das müssen wir abwarten. Ich persönlich weiß es nicht. Ich bin aber auch gespannt, ob wir das so hinbekommen.

Den Presseveröffentlichungen ist bisher ansonsten nur zu entnehmen, dass die Bayerische Staatsregierung in einer Aktennotiz des Ministeriums zuerst die Position A und danach die Position B vertreten hat. Es wird spannend sein zu hören, was in der Zwischenzeit passiert ist und zu dieser Meinungsänderung geführt hat. Bisher ist nicht wirklich deutlich geworden, dass die Staatsregierung im Aufsichtsrat der FMG ja nicht allein entscheidet. Mit Sicherheit waren die Vertreter der Landeshauptstadt München dabei. Diese müssen auch der Meinung gewesen sein, dass die kostenlose Verlängerung der Kooperation um 20 Jahre für die FMG und ihren Gesellschaftsanteil wirtschaftlich sinnvoll ist. Die Bundesrepublik Deutschland war dabei, die auch zu diesem Ergebnis gekommen ist.

Es wird vielleicht spannend, ob der ORH in Bayern, das Rechnungsprüfungsamt der Landeshauptstadt München und der Rechnungsprüfungshof für die Bundesrepublik Deutschland am Schluss zu einem übereinstimmenden Ergebnis kommen, wie das Ganze zu beurteilen ist, oder ob jeder dieser Prüfer ein eigenes Ergebnis hat, das den Ergebnissen der anderen Prüfer widerspricht. Mich würde das nicht wundern. Ich habe 26 Jahre Erfahrung mit solchen Prüfungsinstituten. Bei so manchem fließt im Rahmen der Prüfung seine persönliche Überzeugung und sein persönliches Verhältnis zu den Beteiligten ein. Das werden wir auch abwarten müssen. Heute können und wollen wir es nicht klären. Es gehört jedoch in den Haushaltsausschuss, und zwar zügig. – Vielen herzlichen Dank fürs Zuhören.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte bleiben Sie noch am Rednerpult. Bevor ich das Wort zu einer Zwischenbemerkung erteile, möchte ich ankündigen, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum nächsten Tagesordnungspunkt, zu TOP 7, eine namentliche Abstimmung beantragt hat. Ich erteile Herrn Dr. Magerl das Wort zu einer Zwischenbemerkung.

Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Frau Präsidentin, Kollege Weidenbusch, lieber Ernst, ich möchte nicht, dass etwas falsch rüberkommt und so stehen bleibt. Ich möchte noch einmal deutlich machen: Ich habe gesagt, dass es nicht zusammen passt, wenn ein Flughafen, der angeblich aus allen Nähten platzt, gleichzeitig diese Art der Förderung betreibt.

Der zweite und wichtigere Punkt betrifft die eine Milliarde Euro. Damit habe ich in keiner Weise etwas in Zusammenhang mit der dritten Startbahn gemeint oder gedacht. Da musst du gerade auf einer anderen Veranstaltung gewesen sein. Ich zitiere aus einem Artikel der "Süddeutschen Zeitung" vom Samstag, dem 2. April 2016: "Bei den Start- und Landegebühren habe sich die FMG seit der Eröffnung des Flughafens rund eine Milliarde Euro an Einnahmen entgehen lassen, bemängelt der ORH." Das hat nichts mit der dritten Startbahn zu tun. Zu der vom ORH angeführten Milliarde, die sich der Flughafen angeblich hat entgehen lassen, hätte ich gerne Informationen. Diese Milliarde hat mit einer dritten Startbahn überhaupt nichts zu tun. Offensichtlich hat der Flughafen Start- und Landegebühren verlangt, die unter dem Marktpreis sind, um möglicherweise mehr Flüge anzuziehen. Das mag vielleicht sein. Aber mir geht es um diese Milliarde.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ernst Weidenbusch (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kollege Magerl, ob Sie gesagt haben, dass der Flughafen aus allen Nähten oder angeblich aus allen Nähten platzt, werden wir feststellen können, weil seit zehn Jahren alles, was hier gesagt

wird, aufgezeichnet wird. Heute Abend schaue ich mir alles an. Dann werden wir sehen, ob das Wort "angeblich" vorkommt oder nicht. Das beraubt Sie auch der Möglichkeit, das nachträglich ins Protokoll einzufügen, wenn Sie es nicht gesagt haben. Mich beraubt es der Möglichkeit, es nachträglich streichen zu lassen, wenn Sie es gesagt haben. Heute Abend ist das für alle verfügbar. Dann wissen wir es. Ich nehme zur Kenntnis, dass Sie es jedenfalls nicht so sagen wollten.

Wenn dem Flughafen für Start- und Landegebühren eine Milliarde Euro durch die Lappen gegangen sein soll, heißt das, dass es die Möglichkeit gegeben hätte, um eine Milliarde Euro mehr Start- und Landegebühren zu verlangen. Ich freue mich, dass Sie das in Ihrer Zwischenbemerkung noch einmal bestätigt haben. Wir wissen jetzt: Sie wissen es eigentlich besser, wie viel Bedarf wir an diesem Flughafen hätten.

(Beifall bei der CSU – Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Das ist eine Verdrehung der Tatsachen!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Der nächste Redner ist Herr Kollege Zierer.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es liegen Zahlen zwischen 43 Millionen Euro und einer Milliarde Euro vor. Welche stimmen? Das ist schon ein ziemlich großer Unterschied. Einen Vorteil von einer Milliarde Euro oder mehr soll die Lufthansa aus Vereinbarungen ziehen, die sie mit dem Flughafen München zum Terminal 2 abgeschlossen hat. Das hat zumindest der Oberste Rechnungshof ausgerechnet. Herr Weidenbusch, wenn es so lange dauert, hat der ORH vielleicht zu wenig Personal, um das Ganze schneller abzuarbeiten und das Parlament schneller zu informieren. Das Ministerium sagt, der ORH hat sich einfach verrechnet. Das werden wir sehen, wenn der Bericht kommt. Auch wenn die Prüfmitteilung des Obersten Rechnungshofs zwei Jahre alt ist, soll diese dem Landtag vorgelegt werden. Das ist absolut notwendig. Trotzdem ist es interessant, was den Prüfern an den Verträgen zwischen der FMG und der Lufthansa so sauer aufgestoßen ist. Es ist genauso interessant, wie die Gutachter im Auftrag des Finanzmi-

nisteriums zu einer ganz anderen Betrachtung kommen. Das werden wir hoffentlich erfahren.

Ich kann mir nicht vorstellen, dass der ORH den Finger völlig ohne Grund auf diese Wunde gelegt hat. Das Vertragskonstrukt hat die Prüfer vermutlich stutzig werden lassen – egal, wie hinterher die finanziellen Auswirkungen berechnet wurden. Es besteht zumindest der Verdacht, dass ein Unternehmen im Besitz der öffentlichen Hand eine Kooperation mit einem Privatunternehmen eingegangen ist, von dem nur einer profitiert – der private Partner. Der Verlierer ist, wie so oft, der Steuerzahler. Bislang war noch nie die Rede davon, dass die Lufthansa nach Auslaufen der Verträge noch jahrzehntelang exklusive Nutzungsrechte hat. Die Konditionen sind auch nicht bekannt gewesen. Was die FMG mit der Kooperation bezwecken wollte, ist vollkommen klar. Sie wollte die Lufthansa langfristig an den Standort München binden. Das ist auch richtig so. Die Frage ist nur, zu welchem Preis und zu welchen Zugeständnissen dies erfolgt ist. Anscheinend waren sogar dem Finanzministerium einzelne Teile dieser Vereinbarung nicht geheuer. Darum sollte uns das Ministerium erklären, warum es seine Meinung geändert hat. Ein ausführlicher Bericht ist zwingend notwendig. Wir wollen den Bericht in zwei Wochen im Haushaltsausschuss.

Wir haben unseren Antrag so formuliert, dass er nicht mit Verweis auf Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse abgelehnt werden kann. Das bedeutet, der weiterführende und bessere Antrag zu diesem Thema ist der Antrag der FREIEN WÄHLER. Aus diesem Grund bitte ich Sie, diesem Antrag zuzustimmen. In unserem Antrag weisen wir extra darauf hin.

In dieser Prüfmitteilung des ORH gibt es noch andere interessante Aspekte. Uns ist immer erzählt worden, dass das neue Satellitenterminal ganz unabhängig von einer dritten Startbahn benötigt wird. Auch daran hat der Rechnungshof seine Zweifel. Im Stillen muss ich Sie für Ihre Berechnungen bewundern, nach denen wir die dritte Startbahn aufgrund dieses Terminals brauchen, obwohl wir die Zahlen nicht haben. Das ist bewundernswert – allen Respekt! Wie rentabel wird der Satellit sein, wenn man davon

ausgeht, dass die dritte Startbahn nicht kommt? Sicherlich werden wir den Satelliten zum Teil brauchen. Wenn Sie jedoch durch den Terminal 2 laufen, werden Sie feststellen, dass Sie dort Rollschuh fahren können. Dort ist noch genug Platz. Im Terminal 1 ist ebenfalls noch genug Platz. Wenn davon die Rede ist, dass einem Unternehmen ein Vorteil von 1 Milliarde Euro gewährt wird, ist das doch eine berechtigte Frage.

Eine Bemerkung zum Abschluss: Es ist nichts Neues, dass wir uns über Geschäftspraktiken der Flughafengesellschaft unterhalten müssen. Ich darf nur an die Debatte über die Pläne von Flughafenchef Kerkloh, die Flughafen München GmbH in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln, erinnern. Auch darüber ist hier schon diskutiert worden.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Ende!

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Im Grunde ist es immer dasselbe: Es gibt Verträge und sonstige Vereinbarungen, von denen wir nichts wissen. Über bestimmte Dinge müssen wir aber informiert werden. Herr Söder, ich fordere Sie auf, keine Nebelkerzen zu zünden, sondern offene Fragen zu beantworten. Ich finde, es ist diesmal an der Zeit, die Dinge auf den Tisch zu legen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bevor Herr Staatsminister Dr. Söder das Wort bekommt, möchte ich bekannt geben, dass die CSU-Fraktion für ihren Dringlichkeitsantrag betreffend "ORH-Prüfung zum Flughafen München", Drucksache 17/10769, namentliche Abstimmung beantragt hat. Wir haben aber 15 Minuten Wartezeit. Wenn Herr Söder nicht 15 Minuten spricht, dann müssen Sie warten, bis es soweit ist.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das war pädagogisch nicht klug!)

– Ich sage es nur. – Bitte, Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Frau Präsidentin, nach dieser freundlichen Einladung zu einer umfassenden Stellungnahme will ich gern die Gelegenheit ergreifen, darüber zu sprechen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Die Zeit läuft!)

Zwei Vorbemerkungen!

Erstens. Ich sage Ihnen ganz offen, dass ich für jeden Verständnis habe, der sich darüber beschwert – Sie können mir glauben, dass das bei uns am häufigsten vorkommt –, dass ein rechtsstaatliches Verfahren nicht so abläuft, wie es notwendig wäre. Üblicherweise ist es so, dass der ORH prüft. Dann werden Stellungnahmen abgegeben. Auf dieser Grundlage findet eine Diskussion statt. Am Ende folgt eine abschließende Mitteilung – oder auch nicht. Dieses Verfahren folgt einem rechtsstaatlichen Prinzip. In einigen Fällen legt der ORH Argumente nach, in anderen Fällen sieht er ein, dass die erste Prüfung von ihrer Dimension und ihrem Ergebnis her unangemessen war.

Es ist in jüngster Zeit wiederholt vorgekommen, dass einzelne Vorberichte, Zwischenberichte oder Schreiben des ORH, zum Beispiel zur Behördenverlagerung nach Höchstädt, komplett an eine Zeitung gegeben wurden. Das ist nicht angemessen! Wir müssen möglicherweise die Dienstwege überprüfen. Offenkundig sind Dienstgeheimnisse verletzt worden. Daher werbe ich sehr dafür, genau zu überprüfen, wer wann welche Unterlagen bekommt und warum diese immer bei der Zeitung landen. So wie bisher kann es jedenfalls nicht weitergehen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CSU)

Insoweit bin ich völlig mit Ihnen d'accord, lieber Kollege Magerl.

In Bezug auf den zweiten Punkt gilt dies nicht. Hier wird viel über den Flughafen im Allgemeinen und die dritte Startbahn im Besonderen gesprochen. Ich möchte festhalten, dass ich dieses Memorandum of Understanding nicht abgeschlossen habe. Inso-

fern können Sie auch nichts konstruieren, Herr Halbleib. Aber eines möchte ich betonen: Es gibt kaum ein anderes Unternehmen im Freistaat Bayern – schon gar nicht eines im Staatsbesitz; wir brauchen nur an die vorhin geführte Debatte zurückdenken –, das so erfolgreich und für die Entwicklung unseres Landes von so großer Bedeutung ist wie die Flughafengesellschaft. Wir sollten nicht jeden Tag versuchen, mit klitzekleinen Diskussionen den Flughafen kaputtzureden. Ein dauerndes Flughafenbashing darf es nicht geben, das kann so nicht weitergehen.

(Beifall bei der CSU)

Zu der Sache selbst: Es geht um ein laufendes Prüfverfahren. Die Berichterstattung basiert auf einer ersten Prüfmitteilung des ORH – vom 19. Mai 2014! Sie ist längst überholt. Um ein paar inhaltliche Aspekte für die Diskussion im Haushaltsausschuss zu geben, lieber Kollege Weidenbusch, stelle ich fest, dass die Zahlen inhaltlich falsch sind und an sich jeder Grundlage entbehren. Das Entscheidende fehlt nämlich: Der ORH hat die fundamentale Bedeutung der strategischen Partnerschaft zwischen Flughafen und Lufthansa und damit die Drehkreuzfunktion nicht berücksichtigt.

Worum geht es eigentlich? – Die bestehende Vereinbarung, die bis 2036 gilt, werde um weitere 20 Jahre verlängert. Ob man Flughafenfan ist oder nicht: Ohne diese Vereinbarung mit der Lufthansa und ohne die Drehkreuzfunktion hätte München heute immer noch einen Flughafen regionalen Charakters. So ehrlich und offen sollten wir alle sein. Wir sind international so gut aufgestellt, weil wir die Lufthansa als Partner haben. Ich hätte sie auch gern in Zukunft als Partner.

(Beifall bei der CSU)

Seit Beginn der Zusammenarbeit im Jahr 1998 hat sich die Zahl der Passagiere von 19 Millionen auf 41 Millionen mehr als verdoppelt. Seit Eröffnung des Terminals 2 im Jahr 2003 ist die Zahl um 16,9 Millionen gestiegen. Der bereits angesprochene Satellit, der neue Kapazitäten für 11 Millionen Passagiere jährlich schafft, entspricht ungefähr dem Gesamtaufkommen des Flughafens Köln/Bonn oder des Flughafens Stutt-

gart. Diese Steigerung ist ohne dritte Startbahn erreicht worden. Ich erwähne diese Zahlen also völlig losgelöst von dieser Diskussion. Mit dem Satelliten, der bald in Betrieb genommen wird – übrigens fast rechtzeitig, wenn ich den Vergleich mit den Planungen für andere Flughäfen auf dieser Welt, vor allem in Deutschland, ziehe –, schaffen wir eine komplette Flughafenkapazität neu.

Der Flughafen München bietet Flugmöglichkeiten zu 240 internationalen Destinationen – und 33.000 Arbeitsplätze! Die Lufthansa selbst hat am Standort München mittlerweile 11.000 Mitarbeiter etabliert.

Das, worüber wir gerade reden und worüber wir noch reden wollen, betrifft die Frage, ob die Zusammenarbeit wirtschaftlich angemessen ist. Zu dem Vorwurf möchte ich sagen, dass der ORH in der Prüfmitteilung methodisch und inhaltlich völlig falsch berechnet hat. Deshalb haben wir uns damals bewusst entschieden, diese Prüfmitteilung zu hinterfragen. Experten von PwC haben ein Gutachten zu dieser Frage erstellt. Demnach geht es um Leistungen von maximal 43 Millionen Euro.

Diesem Betrag müssen wir die Leistungen der Lufthansa beim Bau des Satelliten gegenüberstellen. Diese beliefen sich – bei Gesamtkosten von knapp 900 Millionen Euro – auf 300 Millionen Euro. Hätte die Lufthansa diese Finanzierung nicht geleistet, hätten die Mittel aus Gesellschafterkreisen, womöglich unter Einsatz von Steuergeldern, zur Verfügung gestellt werden müssen. Ich sage: 300 Millionen Euro sind ein finanzieller Brocken, der sich sehen lassen kann. Wir jedenfalls sind froh, dass nicht weitere Steuergelder eingesetzt werden mussten.

(Beifall bei der CSU)

Nächster Punkt: Die Wachstumsvereinbarung, die die Zahl der Passagiere betrifft, ist bereits um mehrere Millionen übererfüllt worden. Der Vorteil, der für die Lufthansa jetzt besteht, würde mit dem Wegfall zweier oder dreier Interkontinentalverbindungen kompensiert. Da die Zahl der Passagiere sinken würde, hätte dies finanzielle Einbußen für den Flughafen zur Folge.

Aus den genannten Gründen ist das Ganze sehr angemessen. Das sage ich ganz offen, und zu diesem Ergebnis wird jeder kommen, der alle Faktoren in Betracht zieht.

Der Haushaltsausschuss – ich war damals noch nicht dabei, Sie schon, Herr Halbleib – war tatsächlich damit befasst. Ich habe die Unterlagen gelesen, die sich unter anderem mit folgenden Punkten beschäftigen: Bedarfssituation, Umfang und Kosten des Satellitenprojektes, gemeinsame Investitionen und Finanzierung durch FMG und Lufthansa, Verlängerung des gemeinsamen Betriebs von Terminal 2 und Satellit, Ergebnisbeteiligung der Lufthansa, Wachstumsvereinbarung der Lufthansa, Heranführung der nach Heimfall der Immobilien im Jahr 2036 zu leistenden Miete – und, und, und. Eine Fülle von Fragen ist dort schon besprochen und geklärt worden.

Wenn Sie sich nicht ausreichend informiert fühlen – das ist bei Ihnen tendenziell immer der Fall –, dann kann ich das gern nachholen. Ich habe überhaupt kein Problem damit.

(Volkmar Halbleib (SPD): Protokolle lesen!)

Herr Zierer, natürlich gibt es Geschäftsgeheimnisse, auch solche der FMG. Auch Sie haben persönliche Geschäftsgeheimnisse, die der Landtag wahrt. Darüber kann in einer nichtöffentlichen beziehungsweise geheimen Sitzung – der Haushaltsausschuss hat da entsprechende Erfahrung – diskutiert werden.

Ich möchte ausdrücklich darauf hinweisen: Alle Gesellschafter – Bund, Land und Stadt, auch der von Ihrer Partei, Herr Halbleib, gestellte Oberbürgermeister Münchens, der früher Wirtschaftsreferent war – haben dem ausdrücklich zugestimmt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe kein Problem, über alles zu diskutieren. Ich rede sogar gern darüber. Aber es bleibt bei zwei Feststellungen: Wenn der ORH für die eigene Politik benutzt beziehungsweise instrumentalisiert wird, dann ist das kein angemessener Stil für ein Mitglied dieses Hohen Hauses.

Bei allem Kampf um die Frage, ob es eine dritte Startbahn geben sollte – darüber darf man unterschiedlicher Meinung sein; auch ich habe meine Meinung dazu –, dürfen wir es nicht zulassen, dass die guten Leistungen, die der Münchner Flughafen und unsere Flughäfen generell erbringen – die Auszeichnungen, die regelmäßig verliehen werden, sind dafür ein Beleg –, so in Misskredit gebracht werden, dass das negative Echo dazu führt, dass der Flughafen von Stund an von Passagieren und Luftverkehrsgesellschaften gemieden wird. Wir alle hätten den Schaden. Das wollen wir nicht.

Ich fasse zusammen: Dem Wunsch nach Berichterstattung stimme ich zu. Dies verbinde ich mit der Bitte um einen vernünftigen und sensiblen Umgang mit diesem Kronjuwel, diesem Goldstück der bayerischen Infrastruktur.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Es hat leider nicht gereicht. Nachdem die erforderliche Wartezeit noch nicht um ist, fahren wir zunächst in der Tagesordnung fort. Danach werde ich auf die Abstimmungen zurückkommen.

(...)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: So, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, dürfen wir dann beginnen? Ich werde jetzt den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/10748 zur einfachen Abstimmung stellen. Das ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "ORH-Bericht zum Flughafen München". Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Das sind die SPD, die FREIEN WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Das ist die CSU. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltung. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich komme nun zum Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/10768 betreffend "Vollständige Informationen zum Terminal 2 am Münchner Flughafen". Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die

SPD, die FREIEN WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Das ist die CSU. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltung. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/10770 abstimmen. Das ist der Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER betreffend "ORH-Bericht zum Flughafen München". Wer seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. – SPD, FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Das ist die CSU-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltung. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zum Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf Drucksache 17/10769, über den in namentlicher Form abgestimmt wird. Weil ja alle hier sind: Sind Sie mit drei Minuten einverstanden? – Dann beginnen wir. Ich nehme die Sitzung wieder auf und gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Kreuzer, Freller, Peter Winter und anderer und Fraktion (CSU) betreffend "ORH-Prüfung zum Flughafen München" auf Drucksache 17/10769 bekannt. Mit Ja haben 138 Abgeordnete gestimmt, mit Nein keiner. Stimmenthaltungen gab es auch nicht. Damit ist der Dringlichkeitsantrag einstimmig angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 07.04.2016 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Peter Winter u. a. und Fraktion CSU; ORH-Prüfung zum Flughafen München (Drucksache 17/10769)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus				Gehring Thomas	X		
Aigner Ilse				Gerlach Judith			
Aiwanger Hubert	X			Gibis Max	X		
Arnold Horst	X			Glauber Thorsten	X		
Aures Inge	X			Dr. Goppel Thomas			
				Gote Ulrike	X		
Bachhuber Martin	X			Gottstein Eva	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X			Güll Martin	X		
Bauer Volker	X			Güller Harald	X		
Baumgärtner Jürgen	X			Guttenberger Petra	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried	X						
Bause Margarete	X			Haderthauer Christine	X		
Beißwenger Eric				Häusler Johann	X		
Dr. Bernhard Otmar	X			Halbleib Volkmar	X		
Biedefeld Susann	X			Hanisch Joachim	X		
Blume Markus	X			Hartmann Ludwig	X		
Bocklet Reinhold	X			Heckner Ingrid	X		
Brannekämper Robert	X			Heike Jürgen W.	X		
Brendel-Fischer Gudrun				Herold Hans	X		
Brückner Michael				Dr. Herrmann Florian	X		
von Brunn Florian	X			Herrmann Joachim			
Brunner Helmut				Dr. Herz Leopold	X		
				Hiersemann Alexandra	X		
Celina Kerstin	X			Hintersberger Johannes	X		
				Hofmann Michael	X		
Dettenhöfer Petra				Holetschek Klaus	X		
Dorow Alex	X			Dr. Hopp Gerhard			
Dünkel Norbert	X			Huber Erwin	X		
Dr. Dürr Sepp				Dr. Huber Marcel			
				Dr. Huber Martin	X		
Eck Gerhard	X			Huber Thomas	X		
Dr. Eiling-Hütig Ute	X			Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Eisenreich Georg	X			Huml Melanie	X		
Fackler Wolfgang	X			Imhof Hermann	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen	X						
Fehlner Martina	X			Jörg Oliver	X		
Felbinger Günther	X						
Flierl Alexander	X			Kamm Christine	X		
Dr. Förster Linus				Kaniber Michaela	X		
Freller Karl	X			Karl Annette			
Füracker Albert				Kirchner Sandro	X		
				Knoblauch Günther	X		
Ganserer Markus	X			König Alexander	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd	X		
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton	X		
Kreuzer Thomas	X		
Kühn Harald	X		
Ländner Manfred	X		
Lederer Otto	X		
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig			
Lorenz Andreas	X		
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter			
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia	X		
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin	X		
Nussel Walter			
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph			
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans	X		
Reiß Tobias	X		
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans	X		
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold	X		
Sauter Alfred	X		
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin	X		
Schorer Angelika	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten			
Dr. Schwartz Harald	X		
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard			
Sem Reserl			
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus	X		
Sonnenholzner Kathrin			
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara	X		
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus	X		
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Straub Karl	X		
Streibl Florian			
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen	X		
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin			
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter	X		
Tomaschko Peter	X		
Trautner Carolina	X		
Untertländer Joachim	X		
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen	X		
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst	X		
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel	X		
Widmann Jutta			
Wild Margit			
Winter Georg	X		
Winter Peter	X		
Wittmann Mechthilde	X		
Woerlein Herbert			
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	138	0	0